

Palästinenser: Terror kein Mittel mehr

PLO-Vertreter Al Frangi und Dieter Schinzel zur Lage in Nahost

Aachen. - Die Deutsch-Arabische Gesellschaft veranstaltete unter Vorsitz des Generalsekretärs Harald M. Bock einen Abend mit Abdallah Al Frangi, Sprecher der PLO (Palästinensische Befreiungs-Organisation) in Deutschland und Dieter Schinzel, Abgeordneter im Europäischen Parlament. Ebenso waren anwesend der Botschafter Syriens in Bonn, Abdel Karim Al-Atassi, Presserat der Arabischen Liga Rashed, Presseräte vom Irak und Jordanien sowie die Vertreterin der Deutsch-Jüdischen Gesellschaft, Freifrau von Seeffried.

Es ging um die Palästinenser-Frage. Dieter Schinzel sprach über Erfahrungen, die er auf einer Libanonreise gesammelt habe. Die Lebensumstände der Palästinenser könne man als spartanisch bezeichnen, trotzdem hätten sie es geschafft, ein wirksames Selbsthilfesystem aufzubauen.

Nur geduldet

Dies beziehe sich auf die Gebiete Gesundheit, Bildung und Soziales. Die Palästinenser seien aber nur geduldet und erhielten keinerlei Unterstützung zum Aufbau dieses „Systems“ von außen.

Schinzel betonte, daß bei Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten unter Ausschluß der Palästinenser kein dauerhafter Frieden zustande kommen könne. Diese Position ließe sich auf Dauer nicht durchhalten. Der Weg zum Frieden gehe nur über die Anerkennung eines offiziellen Sprechers der PLO.

Verantwortung gegenüber Israel

Wenn man den Palästinensern ein Recht auf Selbstbestimmung einräume, so behalte dies ein grundsätzliches Recht, einen Staat auf angestammtem Territorium aufzubauen. Natürlich hätten insbesondere die Deutschen, auch die Jüngeren, eine beson-

dere Verantwortung gegenüber dem Judentum, und dennoch würde dies nicht eine Kritik gegenüber der Politik Israels ausschließen. Zu einer friedlichen Lösung in Nahost gehöre auch die Lösung der Probleme der Palästinenser.

Die Rolle Westeuropas

Abdallah Al Frangi ging in seiner Rede auf folgende Punkte ein: Kann sich die PLO als offizielle repräsentative Leitung der Palästinenser bezeichnen? Wie stellt die PLO sich heute zu den Terroraktionen? Warum werden die Verhandlungen von Camp David abgelehnt? Welche Rolle spielt Westeuropa im Nahen Osten?

Die PLO sähe sich als repräsentative Organisation, nachdem sie nach langer Entwicklung und Reorganisation (in der Zeit nach den häufigen Terroranschlägen) sich als Spitze einer demokratischen Vereinigung, in der zwölf-Parteien organisiert seien, bezeichnen könne.

Vertreter der Mehrheit

Sie seien somit Vertreter der palästinensischen Mehrheit. Auch von den Palästinensern in den besetzten Gebieten erhielten sie Unterstützung. Auf internationaler Ebene könne die PLO mehr Büros verzeichnen als es israelische Botschaften gebe. Eine Anerkennung ihrer Organisation gebe es heute in mehr als Dreivierteln der Welt.

Die Verhandlungen von Camp David könne die PLO nicht anerkennen, da ein Friede in Nahost nicht gegeben sei, solange andere arabische Länder an Friedensverhandlungen nicht teilnehmen könnten. Die Grenzen von Ägypten und Israel öffneten sich zwar, doch rundum entstehe eine immer explosivere Situation.

Zu den Terroraktionen in der Vergangenheit sagte Frangi, die PLO werde nicht mehr von radikalen Elementen gesteuert.

Heute verurteile man selbst die Aktionen. Nach 1973 habe eine Reorganisation der PLO stattgefunden, die den Terror nicht mehr als Kampfmittel respektiere, allerdings könnten Einzelaktionen auch bei noch so guter Kontrolle nicht immer verhindert werden.

Zu dem Verhältnis Westeuropa - Naher Osten meinte Frangi, der europäisch-arabische Dialog müsse stets mit allen arabischen Staaten geführt werden. Um die Entwicklung in eigenen Händen zu behalten, müsse man eine Befreiung von den Großmächten anstreben.

Abschließend betonte Frangi, das Ziel der PLO heiße „Frieden“. Das wünsche er jedem Land.

Bei der anschließenden Diskussion tauchten unter anderem Fragen auf nach der Stellung der PLO zu den jüngsten Ereignissen in Afghanistan. Frangi versicherte nochmals, daß es der PLO um Selbständigkeit gehe, und sie insofern keine Abhängigkeit von irgendeiner Großmacht wolle. Freundschaft verpflichte nicht dazu, ein Satellitenstaat zu werden und jeder Kritik gegenüber politischen Handlungen unfähig zu werden.